

Aber es hat natürlich auch damit zu tun, daß in dieser Phase die Breite der Opposition und des Widerstandes in der entstehenden, sich herausbildenden, sich verfestigenden Diktatur am stärksten gewesen ist. Danach, nach dem 17. Juni 1953, setzte eine neue Situation ein, die aber natürlich nicht nur durch den 17. Juni geprägt war, sondern auch durch die Tatsache, daß mit dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau 1956 und der sogenannten Entstalinisierung auch die Bedingungen innerhalb der SED andere zu werden schienen. Gleichzeitig zeigte sich sehr rasch, daß im System der SED-Diktatur außerhalb der SED die Chancen von Widerstand immer geringer wurden, soweit er organisierte Formen annahm oder konzeptionell war.

Das änderte sich natürlich. Wir werden das in den folgenden anderthalb Tagen noch sehen.

Ich darf Herrn Eppelmann jetzt das Wort geben. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Auch von mir sehr herzlichen Dank an die Zeitzeugen in großer Achtung vor ihrer Biographie, bei Ihnen, Herr Wolfram, besonders auch in hoher Achtung vor der Leistungsfähigkeit in Ihrem Alter. Alle Achtung! (Beifall)

Unterbrechung von 14.23 bis 15.15 Uhr.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Lassen Sie uns zunächst fortfahren mit einem Vortrag von Dr. Hubertus Knabe „Widerstand und Opposition in den sechziger und siebziger Jahren“. Danach folgt eine von Professor Alexander Fischer moderierte Gesprächsrunde von Zeitzeugen ebenfalls aus dieser Zeit. Zunächst aber Herr Dr. Knabe.

**Dr. Hubertus Knabe:** Es ist keine beneidenswerte Aufgabe, 20 Jahre politischer Kritik und Gegenwehr in der DDR, gespiegelt und gebrochen in Hunderten von unterschiedlichen Biographien, in 30 Minuten Revue passieren zu lassen. Ich muß mich darauf beschränken, einige wichtige Namen zu nennen, Konfliktherde und Aktionen anzureißen, und ich hoffe, daß die nachfolgende Diskussion dann mehr Licht auf die Motivationen, auf die Erfahrungen und auf die programmatischen Vorstellungen der Akteure von damals wirft.

Eigentlich hätte es in der DDR gar keine unabhängigen politischen Bestrebungen – so möchte ich sie lieber nennen, nicht „Opposition und Widerstand“ – in den sechziger und siebziger Jahren mehr geben dürfen, denn die organisierten Gegner der SED waren zuvor allesamt zerschlagen, vertrieben und gleichgeschaltet worden.

Mit der Schließung der Grenzen in Berlin – das ist die erste wichtige Zäsur für diese zwei Jahrzehnte – stabilisierte und konsolidierte sich die SED-Herrschaft. Ohne die Möglichkeit des Wegganges sahen sich die Menschen mehr und mehr dazu gezwungen, sich mit den Verhältnissen auf irgendeine Weise zu arrangieren.

Auf der anderen Seite konnte das kritische Potential nun aber auch nicht mehr nach Westen entweichen und zwang die SED zu bestimmten Rücksichtnahmen. Eine ähnlich ambivalente Wirkung hatte zehn Jahre später die Entspannungspolitik, die einerseits der SED-Diktatur auch international zur Anerkennung verholfen hat, andererseits aber auch neue politische Erwartungen weckte und nicht zuletzt mehr Kontaktmöglichkeiten eröffnete.

Mit der innen- und außenpolitischen Stabilisierung der DDR ging einher, daß sich unabhängige politische Bestrebungen nun seltener aus einer fundamentalen Absage an das SED-Regime heraus formierten, dafür mehr und mehr aus dem Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit des sozialistischen Systems. Dies lag nicht nur daran, daß Fundamentalopposition immer weniger Erfolgsaussichten zu haben schien, sondern inzwischen war auch eine neue, vom Sozialismus geprägte Generation herangewachsen, die nach der Einlösung der politischen Utopie, der Versprechungen und Verheißungen fragte. Aufgebrochen ist dieser Widerspruch hunderttausendfach, ausgelöst manchmal nur durch ein bestimmtes persönliches Erlebnis oder auch durch den Eintritt in eine neue Lebensphase. Wichtige politische Ereignisse wie die Niederschlagung des „Prager Frühlings“, das Aufkommen des Eurokommunismus oder auch die Ausbürgerung Wolf Biermanns verstärkten solche Entfremdungsprozesse in regelrechten Schüben. Selbst als die Kritiker seit Mitte der siebziger Jahre wieder verstärkt in den Westen abwanderten, wuchsen gleichsam immer neue nach. Zeitpunkt, Ausformung und Stationen der Abkehr vom politischen System der DDR unterschieden sich dabei von Individuum zu Individuum, waren Teil des jeweiligen biographischen Prozesses, von dem wir vielleicht nachher noch etwas mehr hören werden.

Unabhängige politische Bestrebungen lassen sich für den Historiker in den sechziger und siebziger Jahren vor allem auf zwei Feldern nachweisen: im Schuttraum der Kirchen sowie im Milieu der sozialistisch geprägten Intellektuellen. Hier gibt es Erklärungen, staatliche Reaktionen, öffentlich dokumentierte Auseinandersetzungen. Sehr viel schlechter belegt sind dagegen die Aktivitäten, die nicht im Blickfeld der Öffentlichkeit standen, in Zahl und Entschiedenheit aber womöglich die erstgenannten um ein vielfaches überragen. Diesen unbekanntem Widerstand zu dokumentieren, ist eine vordringliche Aufgabe der Historiographie, nicht nur, um die ganze Breite der Verweigerung zu dokumentieren, sondern auch, um den Betroffenen wenigstens im nachhinein Gerechtigkeit und Aufmerksamkeit widerfahren zu lassen. Natürlich gibt es zwischen diesen drei Feldern Überschneidungen, auf die ich später im einzelnen noch eingehe.

Zur Kirche: Als einzige von der SED unabhängige Großorganisation stellten die Kirchen, insbesondere die evangelischen, in den sechziger und siebziger Jahren das zahlenmäßig größte Potential organisierter gesellschaftlicher Bestrebungen, die sich, wenngleich in unterschiedlichem Maße, dem Allein-

vertretungsanspruch der Partei nicht unterworfen. Politische Auseinandersetzungen entstanden daraus vor allem auf zwei Gebieten, dem der Friedensproblematik sowie in der Jugendarbeit. Dagegen blieben die demonstrativen Aktionen und schließlich die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz im August 1976 weitgehend isolierte Erscheinungen.

Kritik und Gegenwehr löste Anfang der sechziger Jahre insbesondere die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aus. Das im Januar 1962 verabschiedete Gesetz stand nicht nur im Gegensatz zum jahrelang propagierten Anti-Militarismus der DDR, sondern bot auch keinerlei Möglichkeit der Verweigerung aus Gewissensgründen – auch nicht für Theologiestudenten oder wehrpflichtige Auszubildende in kirchlichen Berufen. Angesichts des von den evangelischen Kirchen vertretenen Friedensanspruches standen jedoch viele Christen dem Dienst mit der Waffe überaus ablehnend und reserviert gegenüber. Das Potential derjenigen, die sich damals der Wehrpflicht aktiv widersetzen, wird auf ungefähr 3.000 Personen geschätzt. Auch nachdem die SED im September 1964 eine Regelung für all jene schuf, die den Dienst an der Waffe aus religiösen oder ähnlichen Gründen verweigerten, und waffenlose Baueinheiten bilden ließ, kam es immer wieder zu kritischen Aktivitäten gegen den militärischen Charakter des Ersatzdienstes und überhaupt gegen die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft. Eine kleinere Zahl von Wehrdienstverweigerern konnte auch den Dienst als Bausoldat nicht mit dem eigenen Gewissen vereinbaren, was immer wieder zu Inhaftierungen und Verurteilungen führte; wir haben einige der Betroffenen unter uns. Die Kirchen machten damals auf diese Schicksale in Fürbitten immer wieder aufmerksam.

Bernd Eisenfeld beschreibt in seinem Buch „Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst?“ ausführlich dieses Engagement der ersten Durchgänge der Bausoldaten. Viele von ihnen weigerten sich, das Gelöbnis abzulegen, wandten sich mit Erklärungen und Aufrufen an die zumeist kirchliche Öffentlichkeit – an die andere kam man nicht heran – oder legten ihre friedenspolitischen Vorstellungen in Briefen an verantwortliche Politiker dar. Insbesondere machten sie sich, u. a. durch Eingaben an das Ministerium für Nationale Verteidigung, für die Einführung eines wirklichen Friedensdienstes und für den Einsatz der Wehrdienstverweigerer im zivilen Bereich stark. Nach dem Scheitern dieser Bemühungen und der Aufsplitterung der Baueinheiten in Kleingruppen seit Mitte der siebziger Jahre verebbten diese Aktivitäten allmählich und lebten erst mit der Petition für die Einführung eines „Sozialen Friedensdienstes“ wieder auf, die 1981, also nach diesen beiden Jahrzehnten, von mehreren tausend Menschen unterzeichnet wurde.

Die rund 4.500 Bausoldaten, die bis 1980 den waffenlosen Dienst absolviert hatten, bildeten aber ein wichtiges Potential bei der Entfaltung einer engagierten Friedensarbeit innerhalb der evangelischen Kirchen. Dabei stießen sie

zum Teil auch – darüber hatten Sie bei früheren Sitzungen schon gesprochen – bei den Kirchenleitungen auf erhebliche Widerstände, die, nach einem sehr weitgehenden Eintreten für die Wehrdienstverweigerung im Jahre 1965, ihr diesbezügliches Engagement deutlich verringerten, um die Bemühungen um ein neues Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht zu gefährden. Im Frühjahr 1966 entstanden eine Arbeitsgruppe und ein Mitarbeiterkreis ehemaliger Bausoldaten, aus dem 1968 regionale Facharbeitskreise „Friedensdienst“ und die ersten „Friedensseminare“ hervorgingen. Darüber hinaus versammelten sich die Bausoldaten einmal im Jahr zu einem zentralen Treffen und wirkten mit an der Erarbeitung von Materialien und Arbeitshilfen zur Friedensproblematik sowie an Einsätzen der „Aktion Sühnezeichen“. Mit ihrem 1966 gemachten Vorschlag, ein Friedensinstitut innerhalb der Kirchen zu bilden, konnten sie sich nicht durchsetzen, doch beim DDR-Kirchenbund konstituierte sich später statt dessen ein „Studienreferat und Facharbeitskreis für Friedensfragen“. 1976 gaben sie unter dem Titel „Erziehung zum Frieden“ ein erstes Papier mit Vorschlägen für die Durchführung von Gemeindeveranstaltungen heraus. Anfang der siebziger Jahre bildeten sich auch in den evangelischen Studentengemeinden sowie im Evangelischen Jungmännerwerk die ersten Friedens-Arbeitskreise, und seit 1972 besuchte eine wachsende Zahl von Teilnehmern zweimal im Jahr das von ehemaligen Bausoldaten gegründete Friedensseminar im sächsischen Königswalde. Einer der Organisatoren sitzt hier unter uns. Zahlreiche Bausoldaten setzten ihr friedenspolitisches Engagement später als Pastoren oder kirchliche Mitarbeiter fort.

Gegen Ende der siebziger Jahre flammte die Auseinandersetzung um die Friedensproblematik noch einmal in größerem Maßstab auf, als die DDR-Regierung 1978 einen vormilitärischen Unterricht in den Polytechnischen Oberschulen einführte. Auf Kirchentagen in Leipzig, Erfurt und Stralsund wandten sich Ende Mai und Anfang Juni 1978 christliche Bürger mit besorgten Fragen an ihre Kirchenleitungen, diese ließen wenig später in allen Gottesdiensten einen „Brief an die Gemeinden“ verlesen. Das Ministerium für Volksbildung erhielt Tausende von Eingaben gegen das neue Fach; Jugendliche und Studenten sammelten Unterschriften unter gemeinsame Briefe an die Kirchenleitungen. Die Evangelischen Studentengemeinden in Dresden und Naumburg – auch hierzu haben wir nachher einen Zeitzeugen aus Naumburg – verfaßten damals öffentliche Protesterklärungen gegen dieses Fach, und in Görlitz steckte eine Gruppe von Jugendlichen um den Jugenddiakon Uwe Reimann Flugblätter gegen den Wehrunterricht in die Hausbriefkästen verschiedener Wohnblocks.

Nachdem das Fach ungeachtet dieser Proteste wie geplant eingeführt worden war, verweigerten in der Folgezeit immer wieder Schüler die Teilnahme – auch das eine Form der Gegenwehr in der DDR. Als Gegengewicht beschlossen die Kirchenleitungen im Juli 1978 ein Studien- und Aktionsprogramm „Erziehung

zum Frieden“, das neben verschiedenen Abenden in Gemeinden, Hauskreisen usw. auch eine zentrale jährlich durchgeführte Veranstaltungswoche zur Friedensproblematik vorsah, aus der in den achtziger Jahren die Friedensdekaden entstanden.

Daß sich vor allem jüngere Menschen gegen die wachsende Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR zur Wehr setzten, hing nicht nur damit zusammen, daß sie davon in den Schulen, Universitäten usw. besonders betroffen waren. Studentengemeinden, Junge Gemeinden und die sogenannte offene Jugendarbeit entwickelten sich seit Mitte der sechziger Jahre vielmehr ganz allgemein zu einem wichtigen und in der DDR einzigartigen Ort kritischer Diskussionen und Aktivitäten. Durch das Engagement einzelner kirchlicher Mitarbeiter und Pastoren, die dabei auf den Widerstand sowohl von staatlichen Stellen als auch von konservativen Kirchenvertretern stießen, bot sich die Kirche auch nichtreligiösen Jugendlichen vielerorts als Freiraum an, in dem – darauf kommt es mir an – ein kritisches Verhältnis zur DDR überhaupt erst heranreifen und in politisches Engagement überführt werden konnte. Neben dem offenen Gespräch, das man dort führte, fanden die Jugendlichen auch unzensurierte Informationen und juristischen Rat; aktuelle Auseinandersetzungen wie die genannte Kontroverse um den Wehrunterricht oder die Ausbürgerung Wolf Biermanns fanden hier semi-öffentlichen Widerhall.

Ein Beispiel für diese Art der Jugendarbeit ist für die siebziger Jahre die Arbeit des damaligen Jugendleiters Thomas Auerbach in Jena – darüber werden wir sicherlich noch zu hören bekommen, denn er ist vorgesehen im weiteren Programm –, die schließlich, nach Protesten gegen die Biermann-Ausbürgerung, zur Verhaftung und Abschiebung von ihm und einer ganzen Gruppe junger Jenenser führte. Erwähnt werden muß aber auch die Arbeit von Walter Schilling in Rudolstadt sowie die Entstehung der Blues-Messen bei Rainer Eppelmann in Berlin, die regelmäßig mehrere tausend Jugendliche anzogen.

Einen zweiten, von den innerkirchlichen Aktivitäten anfangs völlig getrennten Strang unabhängiger politischer Bestrebungen bildete die intellektuelle Kritik an der Diktatur der SED, die in der Regel aus kommunistischer Perspektive erfolgte. Ähnlich wie in anderen sozialistischen Staaten waren insbesondere die Intellektuellen unzufrieden mit dem Abbruch der Chruschtschowschen Entstalinisierung und fühlten sich Anfang der sechziger Jahre durch die damaligen Bemühungen des sowjetischen Lagers um mehr Effektivität, um wissenschaftlich-technischen Fortschritt usw. ermutigt zur Kritik an den erstarrten Strukturen.

Im offenen Gegensatz zur SED-Führung begab sich als erster der ehemalige Volkskammerabgeordnete und Leiter des Physikalisch-Chemischen Institutes der Humboldt-Universität Robert Havemann. In Vorlesungen über „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ kritisierte er seit Anfang

der 60 Jahre vor einer wachsenden Zahl von Studenten den ideologischen Dogmatismus in der DDR und plädierte schließlich im Wintersemester 1963/64 vor 1.250 eingeschriebenen studentischen Hörern unverblümt für die Freiheit der Meinungsäußerung, für uneingeschränkte Information und für offene Diskussion.

Havemann schrieb damals: „Menschen kann man viel befehlen und vorschreiben, aber man kann ihnen nicht vorschreiben, was sie denken sollen. Das Denken der Menschen ist das einzige, was sich jeder Art von Befehl entzieht. Auf das Denken kann man nur einwirken, wenn man zu jeder Zeit bereit ist, sachlich zu argumentieren und auch jedes sachliche Argument anzuerkennen. Größte Geduld gegenüber Andersdenkenden, Sachlichkeit in der politischen Argumentation und die Bereitschaft, auch eigene Fehler zu erkennen und einzuräumen, sind Grundvoraussetzungen aller politischen Arbeit im Sozialismus, denn ohne die freiwillige Bereitschaft der Massen können wir wenig erreichen.“

1965 forderte Havemann erstmals für die DDR „das Recht auf Opposition, sowohl in der Öffentlichkeit, in Presse, Funk und Fernsehen wie auch im Parlament und in den Volksvertretungen, deren Mitglieder durch freie und geheime Wahlen bestimmt sind. Dies bedeutet auch die Unabhängigkeit der Richter und die Einrichtung von Verwaltungsgerichten, vor denen der Bürger gegen behördliche Willkür Klage erheben kann. Demokratie bedeutet eben, daß das Regieren schwerer und das Regiertwerden leichter gemacht wird.“

In Interviews, Aufsätzen und Büchern vertrat Havemann seine Positionen auch im Westen, was der SED schließlich den Vorwand dafür lieferte, Havemann aus der Partei auszuschließen, ihm Berufsverbot zu erteilen und ihn aus den Listen der Akademie der Wissenschaften zu streichen.

Havemann trat aber nicht nur mit theoretischen Beiträgen in Erscheinung, sondern mischte sich immer wieder in die aktuelle politische Diskussion ein. Ich denke an sein Votum für die Erneuerung der KPD in Westdeutschland, seine Stellungnahmen zum „Prager Frühling“ bis hin zu seinen sehr radikalen Abrüstungsvorschlägen, mit denen er sich seit 1979 in der Friedensbewegung engagierte. Durch seine antifaschistische Biographie und sein furchtloses Auftreten faszinierte er gerade viele jüngere Menschen, die ihn in seinem Wohnsitz in Grünheide regelmäßig besuchten. Einer von ihnen wird auch heute abend hier sein, der damals 26 Jahre alte Schriftsteller Jürgen Fuchs, der in Havemanns Gartenhaus eingezogen war und dort drei Tage nach der Biermann-Ausbürgerung verhaftet wurde; Havemann selbst erhielt damals Hausarrest.

Eine ähnliche Wirkung, wenn auch zunächst stärker unter der kulturellen Intelligenz, erzielte Wolf Biermann, der Liedermacher, der mit Havemann seit Anfang der sechziger Jahre befreundet war. Nachdem 1965 Biermanns Buch „Die Drahtarfe“ in einem West-Berliner Verlag erschienen war und

das 11. Plenum des Zentralkomitees eine härtere Gangart in der Kulturpolitik beschlossen hatte, wurde Biermann bekanntlich zum Gegenstand scharfer Parteikritik, was seine Popularität aber eher noch förderte. Da Biermann seit diesem Zeitpunkt Auftritts- und Publikationsverbot in der DDR hatte, wurde nun vor allem seine Wohnung zum Ort regelmäßiger Auftritte und Zusammenkünfte. In der ganzen DDR zirkulierten seine respektlosen Texte und Lieder, von denen sich die SED maßlos provoziert fühlte, auch wenn er sie nur im Westen veröffentlichen konnte. Auch Biermann kritisierte dabei die DDR von einem Standpunkt „kritischer Solidarität“ aus; in einem Interview mit dem „Spiegel“ erklärte er 1971, er sei „glücklich, daß es diesen Staat in Deutschland gibt, und wenn er auch noch so jämmerlich wäre.“

Zu weitreichenden innenpolitischen Auseinandersetzungen führte schließlich seine Ausbürgerung im November 1976, nachdem ihm die SED eine Konzertreise in den Westen genehmigt hatte. Zwölf prominente DDR-Schriftsteller verfaßten damals eine Protesterklärung gegen die Ausbürgerung, der sich innerhalb kurzer Zeit Hunderte von DDR-Bürgern anschlossen, darunter fast alle führenden Intellektuellen des Landes. In verschiedenen Orten, so auch hier in Jena, fanden Solidaritätsveranstaltungen statt, Mitschnitte des berühmten Kölner Konzertes fanden in der ganzen DDR Verbreitung. Zahllose Menschen protestierten in Leserbriefen oder Eingaben gegen die Ausbürgerung. SED und Staatssicherheit reagierten mit Verhören und Verhaftungen.

Die Biermann-Ausbürgerung verschärfte auch die Auseinandersetzungen mit jenen Schriftstellern und Künstlern, die sich von der SED nicht länger bevormunden lassen wollten und, wie Havemann und Biermann, ihre Texte immer häufiger in Westdeutschland veröffentlichten. Als Reaktion auf das 1976 in Frankfurt erschienene Buch „Die wunderbaren Jahre“ wurde Reiner Kunze im Oktober 1976 aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen; unter dem Druck des Staatssicherheitsdienstes verließ er ein halbes Jahr später die DDR. 1979 kam es in Berlin zu weiteren Ausschlüssen aus dem Verband, Stefan Heym wurde, wie Robert Havemann, nach Erscheinen seines Buches „Collin“ wegen Devisenvergehens zu einer Geldstrafe verurteilt; Joachim Seyppel schließlich – viele von Ihnen werden sich daran erinnern – wurde im „Neuen Deutschland“ als „kaputter Typ“ verunglimpft. Dieses Vorgehen stieß bei zahlreichen DDR-Bürgern auf Unverständnis, viele solidarisierten sich mit den Betroffenen oder protestierten dagegen mit Eingaben und Leserbriefen.

Dennoch, die Schriftsteller in der DDR entfachten, sieht man von den Protesten gegen die Biermann-Ausbürgerung ab, keine im engeren Sinne politische Bewegung gegen das SED-Regime. Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern entstanden ihre Konflikte mit der SED in erster Linie aus Beeinträchtigungen ihrer künstlerischen Freiheit und nicht aus der Forderung nach grundsätzlichen politischen Veränderungen in der DDR. Zum Katalysator

der sich seit Mitte der siebziger Jahre verstärkenden Unzufriedenheit wurde eigentlich keiner der prominenten Schriftsteller. Allerdings – das darf man nicht vergessen – entfalteten ihre Bücher eine breite Wirkung in der DDR, weil diese, selbst wenn sie nur in der Bundesrepublik erschienen waren, immer wieder weitergereicht und auf andere Weise gelesen wurden, als das vielleicht im Westen üblich war.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verringerte sich allmählich die bis dahin vorherrschende Distanz zwischen den Intellektuellen auf der einen und den Christen auf der anderen Seite, weil man die geistigen Freiräume in den Kirchen zu schätzen lernte: Wolf Biermanns Auftritt in der Prenzlauer Nikolai-Kirche etwa, Dietmar Linkes demonstrative Einladung an Stefan Heym in seine Kirchengemeinde, die Vorträge des Philosophen Guntolf Herzberg im kirchlichen Raum und seine Zusammenarbeit mit Edelbert Richter, damals Naumburger Studentenpfarrer – Beispiele für diesen wichtigen Annäherungsprozeß ließen sich viele finden. Doch direkt politische Aktionen der Schriftsteller wie die von Bruno Winzer, der 1978 mit einem Transparent auf dem Berliner Alexanderplatz für ein Verbot von Kriegsspielzeug demonstrierte, blieben eine Ausnahme.

Gleichwohl waren die Intellektuellen in der DDR nicht unpolitisch. Insbesondere aus dem „Prager Frühling“ schöpften viele Hoffnung auf eine Demokratisierung des sozialistischen Systems und beschäftigten sich mit den Programmen und Vorstellungen der tschechoslowakischen Reformer. War es in den vierziger und fünfziger Jahren noch gelungen, den Sonderweg der jugoslawischen Kommunisten als Verrat abzutun, gelang dies nach dem sowjetisch-chinesischen Schisma nur noch unvollkommen. Die weitere Ausdifferenzierung der kommunistischen Bewegung durch die Studentenbewegung und das Aufkommen des Eurokommunismus untergruben zusätzlich das ideologische Monopol der SED. In den siebziger Jahren beschäftigten sich deshalb viele Intellektuelle, allein oder in Gruppen, mit den Grundlagen der kommunistischen Theorie sowie mit alternativen Sozialismusmodellen. Verbotene Bücher wurden gelesen und weitergereicht, andere, die in der DDR erschienen waren, wie etwa Rosa Luxemburgs Kritik an der Russischen Revolution, gingen von Hand zu Hand und wurden immer wieder zitiert. Manuskripte für die Schublade, Vorträge im Freundeskreis, konspirative Debattierzirkel gehörten damals zum Alltag vieler kritischer Intellektueller.

Praktische politische Auswirkungen hatte diese vornehmlich theoretische Diskussionskultur freilich kaum. Dies änderte sich erst, als Rudolf Bahro 1977 mit seiner Kritik am real existierenden Sozialismus den Weg in die Öffentlichkeit suchte und unmittelbar darauf verhaftet wurde. Über Nacht wurde Bahro damals zu einer Art Symbolfigur einer innerkommunistischen Opposition, dessen Buch sich wie ein Lauffeuer in der DDR und auch im Ausland verbreitete. Obgleich viele eigentlich mit Bahros Schlußfolgerung,

aus der Partei heraus müsse durch einen neuen „Bund der Kommunisten“ eine Reformation des Sozialismus erfolgen, nicht einverstanden waren, gab er der Unzufriedenheit erstmals ein geschlossenes theoretisches Fundament, das vor allem die historischen Wurzeln des diktatorischen Sozialismus offenlegte.

Zusätzliche Bedeutung bekam Bahro durch die im Westen sich formierende Bewegung für seine Freilassung, deren Höhepunkt im Herbst 1978 der Internationale Bahro-Kongreß in Berlin bildete. Mit der Freilassung und Ausreise Bahros ein Jahr darauf büßte er allerdings seine Bedeutung als Leitfigur wieder ein, zumal er es ablehnte, von der Bundesrepublik aus zu den Vorgängen in der DDR Stellung zu beziehen. Zu erwähnen wäre auch noch das im „Spiegel“ erschienene „Manifest“ kritischer SED-Funktionäre, das aber – da es anonym verfaßt worden war – eine ungleich geringere Wirkung als Rudolf Bahro erzielte.

Unorganisierter Protest ist mein drittes Feld. Karl Wilhelm Fricke gebührt das Verdienst, schon 1984 in seinem Buch über „Opposition und Widerstand in der DDR“ auch solche Proteste und Auseinandersetzungen dokumentiert zu haben, die weniger aufmerksam von der Öffentlichkeit begleitet wurden. Mehr Aufschluß darüber dürften insbesondere die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit geben, die allerdings, da es sich zumeist um Opfer-Akten handelt, nur von den Betroffenen oder aber von Mitarbeitern der Behörde eingesehen werden können. Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre kam es u. a. zu wiederholten Protesten gegen die erzwungene Kollektivierung der Landwirtschaft. Einzelne Bauern wie etwa der stellvertretende VdGB-Vorsitzende aus Buchholz, Robert Pietschmann, kritisierten öffentlich die Unterdrückung der noch nicht kollektivierten Landwirtschaftsbetriebe. Er wurde deswegen 1960 zu acht Monaten Haft verurteilt. Zahlreiche LPG-Mitglieder versuchten auch unter Berufung auf die Statuten, aus den Genossenschaften wieder auszutreten. Nach dem Mauerbau verstärkte sich diese Unzufriedenheit noch. Einzelne Landbewohner legten aus Protest gegen die SED-Politik sogar Brände – wir haben heute schon von den Aktionen in den fünfziger Jahren gehört – und wurden dafür, wie Walter Praedel aus Torgelow und Gottfried Strympe aus der Gegend von Bautzen, später zum Tode verurteilt.

Als Reaktion auf den 13. August kam es auch in verschiedenen Städten zu spontanen Protesten. Empörte Jugendliche verprügelten Wortführer der Partei und Streifen der Volkspolizei. In Strausberg bildete sich um den Lehrling Michael Gartenschläger eine Gruppe von jungen Leuten, die auf Hauswände Losungen schrieben wie „Macht das Tor auf!“ oder Propagandaschilder der SED mit Farbflaschen bewarfen. Auch an den Erweiterten Oberschulen kam es zu Protestaktionen, die schließlich sogar von Ulbricht öffentlich gerügt und verurteilt wurden.

Durch die hermetische Schließung der Grenzen kam es zur Herausbildung eines neuen Typus von Gegenwehr – der organisierten Flucht. Zwar ging

es hier nicht in erster Linie um Aktivitäten zur Veränderung der politischen Verhältnisse in Ostdeutschland, jedoch Flüchtlinge und Fluchthelfer gehörten, vor allem in den ersten Jahren, in der Regel zu jenen, die sich besonders entschieden gegen das SED-Regime wandten. „Jeden Tag etwas gegen die DDR unternehmen“, zitierten Magdeburger Richter im September 1961 das politische Programm eines beim Fluchtversuch gefaßten Jugendlichen.

Jugendliche drückten ihre Protesthaltung gegen das SED-Regime in den sechziger Jahren aber auch dadurch aus, daß sie sich in Kleidung, Haartracht und Musikgeschmack vom spießigen Provinzialismus bewußt abgrenzten. In den Schulen war es verboten, Jeans zu tragen, Polizisten schleppten Langhaarige aufs Revier, um ihnen die Haare zu schneiden. Gitarrespielen auf der Straße wurde als „Störung des sozialistischen Zusammenlebens“ geahndet usw. usf. Diese permanente Einschränkung und Demütigung der Jugendlichen, die Reiner Kunze, Dieter Eue, Karl Winkler und andere in ihren Büchern beschrieben haben und deren Höhepunkt das massenhafte Berlin-Verbot während der Weltjugendfestspiele im Jahre 1973 bildete, führte in den sechziger und siebziger Jahren immer wieder zu Konflikten mit der Staatsmacht.

Dabei kam es oftmals auch zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizei, die schnell zu regelrechten Straßenschlachten ausarten konnten – wie etwa 1965 beim sogenannten Leipziger Beat-Aufstand oder 1969 in Berlin, als die Stones auf dem West-Berliner Springer-Hochhaus spielen sollten, oder 1977 bei einem Rockkonzert aus Anlaß des Gründungstages der DDR.

Viele Jugendliche griffen zur Gitarre oder begannen zu schreiben – auch eine Form der Verweigerung –, um ihre Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus zu verarbeiten und weiterzugeben. Sie zeigten sich dabei nicht nur besonders sensibel für die offensichtlichen Mißstände und Ungerechtigkeiten, sondern waren auch risikobereiter als die ältere Generation. Immer wieder kam es vor, daß gerade solche, die jahrelang ohne aufzubegehren alle Stationen einer typischen DDR-Jugend durchlaufen hatten, plötzlich ausbrachen und – ich nenne nur ein Beispiel – wie Peter Haupt aus Erfurt 1975 auf einmal Flugblätter verteilten, um zur Solidarität mit den politischen Gefangenen in der DDR aufzurufen.

Viele Jugendliche, aber auch Intellektuelle, Christen und andere Bevölkerungsgruppen gerieten insbesondere 1968 in Unruhe, als die tschechischen Kommunisten zu einer radikalen Reformpolitik übergingen. Tausende fuhren damals in die Tschechoslowakei, um den „Prager Frühling“ mitzuerleben. Als dieser schließlich niedergeschlagen wurde, kam es in der DDR nicht nur zu zahllosen kleinen Solidaritätsbekundungen – ich denke z. B. an die Blumen, die Reiner Kunzes Frau als eine symbolische Geste von Nachbarn bekommen hat –, sondern es kam auch zu einer großen Zahl offener Protestaktionen, die

schließlich vom Staatssicherheitsdienst mit Verhaftungen und Gefängnisstrafen beantwortet wurden. Auf dem Erfurter Anger beispielsweise kamen spontane Versammlungen zustande, auf denen Dubcek gefeiert und gefordert wurde, Ulricht in die Wüste zu schicken. In vielen Orten, so in Berlin und Dresden, tauchten Flugblätter auf, viele zeigten damals demonstrativ die tschechoslowakischen Farben in der Öffentlichkeit. Ulrich Schacht reiste 1970 nach Prag, um sich an einer Mahnwache am Grab von Jan Palach zu beteiligen.

Wie groß die Protestwelle damals gewesen sein muß, verdeutlicht eine Äußerung Erich Mielkes, der im März 1970 vor Führungskadern ausführte: „Wir haben keinerlei Grund zur Selbstzufriedenheit, zumal eine große Anzahl – über 2.700 – dieser angeführten feindlichen Handlungen“ – es ging um Proteste gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings – „noch unaufgeklärt ist, darunter solche Delikte wie Anbringen von Hetzlosungen, 469 Fälle, und Verbreitung von Hetzschriften, 332 Fälle. Ich habe in diesem Zusammenhang während der CSSR-Ereignisse darauf orientiert, diese Handlungen exakt zu analysieren und ihre Bearbeitung konsequent weiterzuführen.“

Anfang der siebziger Jahre entstanden kurzzeitig neue Hoffnungen auf politische Veränderungen in der DDR, als Ulbricht abgelöst wurde und die DDR der UNO beitrug. Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte verpflichtete sich die DDR ein weiteres Mal zur Einhaltung der internationalen Menschenrechtsnormen, auf die sich in der Folgezeit immer wieder Bürger beriefen. Vor allem versuchten nun immer mehr Menschen, die DDR auf legalem Wege zu verlassen, und stellten einen Ausreiseantrag. Ausschlaggebend für den Wunsch nach Ausreise waren in den meisten Fällen politische Motive, auch wenn dies aus naheliegenden Gründen nicht in den förmlichen Antrag hineingeschrieben wurde. In der Regel hatten die Ausreisewilligen einen langen, zermürbenden Kampf zu bestehen, den sie, wie etwa der Physiker Gabriel Berger aus Dresden, oft mit sehr viel Phantasie und Tatkraft ausfochten. „Mein Privatkrieg gegen den Staat“ überschrieb Berger ein Kapitel seines Buches, in der er u. a. beschreibt, wie er im Februar 1970 die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ an die Kantine seiner Instituts klebt und eine Demonstration plant.

Wie in diesem Fall reagierte das Ministerium für Staatssicherheit auch bei zahlreichen anderen Antragstellern mit Verhaftungen und Verurteilungen, besonders dann, wenn sie das Ausreisebegehren öffentlich machten oder bewußt politisch argumentierten. Ansonsten artikulierten sich die Unzufriedenheiten in den siebziger Jahren in der DDR in einer Fülle von Eingaben, von Leserbriefen, von Schreiben an prominente Schriftsteller wie Stephan Hermlin oder Christa Wolf und ähnlichen Aktivitäten, die sich auf einer niedrigen Eskalationsstufe bewegten, um den Staatsorganen keinen Vorwand zum Eingreifen zu bieten. So verabredete man, um ein Beispiel zu nennen, gegen den Wehrunterricht per Eingabe zu protestieren, achtete aber darauf, diese Eingabe nur jeweils

von einer Person unterzeichnen zu lassen, also jeder schrieb seine eigene Eingabe, um nicht der staatsfeindlichen Gruppenbildung beschuldigt werden zu können.

Versucht man eine Bilanz der unabhängigen politischen Bestrebungen in den sechziger und siebziger Jahren zu ziehen, dann bleibt zunächst festzuhalten, daß es in beiden Jahrzehnten immer wieder Kritik, Aufbegehren und Protest gegeben hat. Trotz massiver Verfolgungsmaßnahmen ist es der SED zu keiner Zeit gelungen, die Bevölkerung zur vollkommenen Anpassung zu bewegen. Im Gegenteil: Durch ihre rigide Politik, die für christliche Gewissensnöte, kritisches Gedankengut und jugendliche Freiheitssehnsucht keinen Platz ließ, hat sie sich ihre Gegner oftmals geradezu selbst geschaffen.

Der große Druck hat allerdings auch zur Folge gehabt, daß unabhängige politische Bestrebungen mit dezidiert antikommunistischer Programmatik sukzessive an Bedeutung verloren. Unzufriedenheit mit dem politischen System hatte, wenn sie zu mehr als zu einem einmaligen Aufbegehren führen sollte, eigentlich nur dann eine Chance, Gehör zu finden, wenn sie innerhalb der herrschenden Normen und Überzeugungen artikuliert wurde. Dies und die ständige Abwanderung vieler radikaler DDR-Gegner in den Westen waren vor allem dafür verantwortlich, daß nach und nach ein oftmals mit „kritischer Solidarität“ umschriebenes Selbstverständnis die Oberhand gewann gegenüber der in den früheren Jahren sehr viel stärkeren Fundamentalopposition – ein Paradigmenwechsel, der sich in den sechziger Jahren exemplarisch an den evangelischen Kirchen nachzeichnen läßt. Die Kritiker in der DDR vermieden – vom Staatssicherheitsdienst, wie man heute weiß, gezielt gefördert durch Inoffizielle Mitarbeiter – theoretisch wie praktisch-politisch den Frontalangriff auf das Regime. Diese Zurückhaltung bildete auf der anderen Seite die Voraussetzung für das stetige zahlenmäßige Wachstum der Proteste, weil sie der SED deren Kriminalisierung und Marginalisierung erschwerte. Der „Mut zur Illusion“, wie Karl Wilhelm Fricke einmal die Haltung der Oppositionellen in den siebziger Jahren charakterisiert hat, verlieh ihnen ihre spezifische Sprengkraft, bedeutete aber zugleich eine gravierende Einschränkung ihres Denkens und Handelns. Vor allem unterschieden sie sich dadurch in wachsendem Maße von den Oppositionellen in anderen sozialistischen Ländern, die sich nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ zumeist enttäuscht vom Marxismus abwandten. Deshalb spielten auch der KSZE-Prozeß und die Menschenrechtscharta der UNO für die Programmatik der unabhängigen politischen Bestrebungen in der DDR eine deutlich geringere Rolle als für die ost- und mitteleuropäischen Dissidenten, sieht man von den eher pragmatisch bedingten Argumentationen der Ausreisewilligen ab.

Den für das eigenständige Denken und Handeln erforderlichen Mut brachte in den sechziger und siebziger Jahren immer nur eine vergleichsweise kleine Minderheit auf. Insbesondere von den Intellektuellen waren nur wenige bereit,

wie Robert Havemann oder Rudolf Bahro, die einschneidenden Konsequenzen einer offen oppositionellen Haltung auf sich zu nehmen. In der Regel fochten sie ihre Kämpfe mit der Politbürokratie zudem allein aus, statt eine gemeinsame Front zu bilden. Der einzige breite politische Protest, die Erklärung gegen die Biermann-Ausbürgerung, konnte deshalb von der SED durch den differenzierten Einsatz von Druck und Vergünstigungen schnell wieder neutralisiert werden. Die weitverbreitete Unzufriedenheit, insbesondere in der jungen Generation, blieb aus diesem Grunde diffus und fand keinen Kristallisationskern, an dem sie die Form einer offenen Bewegung annehmen konnte. Durch diese Individualisierung des Protestes gelang es der SED, ihre Herrschaft in beiden Jahrzehnten weitgehend stabil zu halten.

Allerdings sind die meisten Protestpotentiale, die 1989 das Ende der SED-Diktatur herbeiführten, in Keimform schon in sechziger und siebziger Jahren festzustellen: die friedensengagierten Gruppen in den Kirchen, die unzufriedenen Intellektuellen, die verbitterte Jugend und die wachsende Zahl von Ausreisenden. Viele Entwicklungen der achtziger Jahre wurden somit in den vorangegangenen beiden Jahrzehnten vorbereitet. Diese Potentiale wirkten jedoch in der Regel weitgehend unabhängig voneinander und begannen erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zusammenzuwachsen. Die gegenseitigen Vorbehalte zwischen kritischen Christen, marxistischen Intellektuellen, aufbegehrenden Jugendlichen und desillusionierten Ausreisewilligen erleichterten deren Neutralisierung durch die SED.

Erst in den achtziger Jahren verbanden sich diese Potentiale zu jener breiten Oppositionskultur, über die wir morgen sprechen werden, die auch durch die vielfältigen Verfolgungsmaßnahmen nicht mehr beseitigt werden konnte. (Beifall)

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer:** Vielen Dank, Herr Knabe, für Ihre umfassenden und in ihrer gedanklichen Stringenz ausgezeichneten Ausführungen, die uns einen vorbildlichen Ausgangspunkt für die jetzt anschließende Diskussionsrunde hier im Podium geben. Ich würde vorschlagen, daß Sie vielleicht nachher in die Fragerunde der Abgeordneten und Sachverständigen mit einbezogen werden.

Für die folgenden anderthalb Stunden schlage ich vor, daß wir die Benennung dieser öffentlichen Anhörung genau nehmen. Sie heißt „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“. Wir haben soeben eine Basis für die Diskussion erhalten. Ich schlage vor, nach einer ganz kurzen Vorstellungsrunde in einem Dreierschritt die Dinge aufzuarbeiten und erst einmal über die Motivationsprobleme, dann über die Möglichkeiten und schließlich über die Grenzen zu diskutieren.

Ich bitte zunächst einmal Herrn Pfarrer Richter und Herrn Eisenfeld, Herrn Kollegen Bierwisch und dann Herrn Borkowski und Herrn Molt, sich ganz kurz vorzustellen.